



Energieminister beraten über aktuelle Themen der europäischen Energiepolitik

Energieminister beraten über aktuelle Themen der europäischen Energiepolitik
Ab heute treffen sich die 28 Energieminister der EU in Vilnius, um über aktuelle Themen der europäischen Energiepolitik zu beraten. Auf der Tagesordnung stehen die EU-Energieaußenbeziehungen, Maßnahmen zur Vollendung des Energiebinnenmarktes sowie das im März 2013 von der Kommission vorgelegte Grünbuch zur EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030.
Hierzu Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Stefan Kapferer: "Die Energieaußenbeziehungen der EU müssen ebenso wie unsere gemeinsame EU-Energiepolitik dem Ziel einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung Europas dienen. Ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene kann in manchen Bereichen Ergebnisse erzielen, die ein einzelner Mitgliedstaat allein nicht erreichen könnte. Daneben müssen die Mitgliedstaaten aber auch weiterhin eigenständige Außenbeziehungen im Energiebereich gestalten können.
Beim Energiebinnenmarkt muss unsere Priorität auf der konsequenten Anwendung und Durchsetzung der EU-Binnenmarktregeln und Wettbewerbsvorschriften liegen. Nächster wichtiger Schritt ist eine EU-weite Strommarktkoppelung, wie sie in Teilen Westeuropas bereits erreicht ist. Wir brauchen zudem verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieinfrastrukturen und attraktive Angebote für die Verbraucher."
Im Zentrum der Diskussionen zum Grünbuch zur EU-Energie- und Klimapolitik bis 2030 stehen die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation hierzu. Dazu Staatssekretär Stefan Kapferer: "Wir müssen sorgfältig prüfen wie künftig die Ziele und Instrumente der EU-Energie- und Klimapolitik sinnvoll gestaltet werden können. Wir müssen nicht nur den klimapolitischen Herausforderungen gerecht werden, sondern stärker als bisher die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und die Versorgungssicherheit im Blick haben. Alleingänge Europas beim Klimaschutz helfen dem Klima nicht weiter. Auch die anderen Industrie- und großen Schwellenländer müssen sich auf anspruchsvolle Klimaziele verpflichten."
Die Kommission plant zum Ende dieses Jahres konkrete Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorzulegen.
Für Rückfragen zu Pressemitteilungen, Reden und Statements wenden Sie sich bitte an:
Pressestelle des BMWi
Telefon: 03018-615-6121 oder -6131
E-Mail: pressestelle@bmwi.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)

11019 Berlin

pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:
Bundeskartellamt
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Bundesagentur für Außenwirtschaft
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung
Physikalisch-Technische Bundesanstalt
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe